Prof. Dr. med. habil. Uwe Köhler

Gedanken nach der Wahl

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
wir haben uns am letzten Sonntag im September, oder bereits zuvor als Briefwähler, entschieden und das noch vor wenigen Monaten unerwartbare Ergebnis liegt vor. Es dürfte eine Zeit spannender Koalitionsverhandlungen vor uns liegen.

Während des Wahlkampfes spielten gesundheitspolitische Themen eine nur untergeordnete Rolle. Die Tagespolitik mit dem Hin und Her um die geeignetsten Maßnahmen der Pandemiebewältigung, insbesondere die Steigerung der Impfbereitschaft, standen im Vordergrund. Die Zeit eines medial omnipräsenten und nahezu manisch-überaktiven Bundesgesundheitsministers Jens Spahn scheint vorbei. Eine zweigeteilte vergangene Legislatur mit zunächst 31 neuen Gesetzen und 36 Verordnungen sowie weiteren sechs Gesetzen und daraus abgeleiteten 65 Folgeverordnungen im Zusammenhang mit der Corona-Krise zeugen davon. Diese Flut an nicht selten unausgewogenen Gesetzestexten hat Fachverbände und auch die Selbstverwaltung im Rahmen der Stellungnahmeverfahren regelmäßig überfordert. Eine sinnvolle Einflussnahme war nur selten möglich.

Trotz des daraus ableitbaren Willens zur Veränderung durch längst überfällige Reformen bleibt das Gesundheitssystem auch in Zukunft eine Großbaustelle. Ein erster Kassensturz in den kommenden Wochen wird den dringenden Handlungsbedarf verdeutlichen. Wir haben bereits jetzt eines der teuersten Gesundheitssysteme der Welt, und es drohen in den kommenden Jahren weitere dramatische Kostensteigerungen, unter anderem auch eine Folge teurer Reformen der letzten Legislatur. Eine Studie der Boston Consulting prognostiziert einen Anstieg der Gesundheitsausgaben bis 2040 um circa 300 Milliarden auf dann circa 704 Milliarden Euro. Wer soll das bezahlen? Insbesondere die Krankenkassen stehen vor erheblichen finanziellen Problemen.

In der kommenden Legislaturperiode werden entscheidende Weichenstellungen für die Zukunftsfähigkeit des Systems beziehungsweise für einen nachhaltigen Wandel desselben erfolgen müssen. Die Politik ist gefordert, im Dialog die Vor- und vielen Nachteile einer Bürgerversicherung sorgfältig abzuwägen und die richtigen Schlussfolgerungen zu ziehen. Ein Thema mit erheblichem Konfliktpotenzial, schaut man in die Programmatik der einzelnen Parteien. Es muss darüber hinaus auf Länderebene vor allem um die Neuordnung der Krankenhäuser, deren notwendige Anzahl und Spezialisierung gehen. Auch diesbezüglich sind Interessenkonflikte vorprogrammiert. In Sachsen wurden in den vergangenen Monaten bereits zahlreiche „Werkstattgespräche" zur Zukunft der stationären Versorgung in Vorbereitung eines neuen Krankenhausgesetzes geführt. Viele kluge Ideen wurden entwickelt und man darf gespannt sein, wie viele davon in den Gesetzestext einfließen. Die stationäre Versorgung kann naturgemäß nicht mehr losgelöst von der ambulanten betrachtet werden. Stringente sektorale Grenzen sind nicht mehr zeitgemäß und müssen überwunden werden. Gefordert sind eine regionale sektorübergreifende Bedarfsplanung und daraus abgeleitete Versorgungsaufträge. Das erfordert wiederum eine einheitliche fachärztliche Vergütung erbrachter Leistungen.

Ein Blick in unsere europäischen Nachbarländer im Norden oder auch Westen (Frankreich) könnte in mancherlei Hinsicht hilfreich sein. Hierbei geht es nicht um ein einfaches Kopieren, sondern um eine Weiterentwicklung unseres bestehenden Systems. Sinnvolle strukturelle Anpassungen dürften auch den Fachkräftemangel im Gesundheitssystem entschärfen. Weitere Beispiele für die Agenda des neuen Gesundheitsministers, den ich wahrlich nicht beneide, sind die nachhaltige Aufwertung und Ausstattung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes und die Fortführung einer langfristigen Digitalisierungsstrategie mit dem Ziel einer Entbürokratisierung des ärztlichen Alltags.
Dabei können sich auch in Zukunft die politisch Verantwortlichen im Bund und auf Landesebene auf die fachliche Beratung und Unterstützung bei der Umsetzung sinnvoller Reformmaßnahmen durch die Selbstverwaltungsgremien verlassen. ■

Prof. Dr. med. habil. Uwe Köhler
Vizepräsident